

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 06.07.2020 gemäß § 24 folgenden

Resolutionsantrag

Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich dafür aus, die Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens proaktiv zu unterstützen und zu kommunizieren.

Begründung

Die Corona-Krise hat die ArbeitnehmerInnen fest im Griff. Um zigtausende Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen, hat die Sozialpartnerschaft in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile fast eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job dauerhaft zu verlieren. Nicht alle konnten mit der Corona-Kurzarbeit geschützt werden, viele Firmen haben MitarbeiterInnen gekündigt. Die Arbeitslosigkeit liegt auf einem nie da gewesenen Rekord-Niveau, Ende Juni um 43% über dem Vorjahr. Auch viele (neue) Selbständige und Klein(st)unternehmerInnen, Kulturschaffende sind massiv von den Folgen betroffen, auch in der Josefstadt.

Die Arbeiterkammer und der ÖGB warnen schon lange davor, dass 55 Prozent Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nicht nur zu wenig und armutsfördernd sind, sondern sich Österreich hier im Vergleich mit den EU Staaten im unrühmlichen untersten Drittel befindet.

Es braucht eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate. Dieses Geld fließt zum größten Teil über den Konsum in den Wirtschaftskreislauf und wäre damit auch jetzt besonders wichtig, um unsere Wirtschaft, auch in der Josefstadt, wieder anzukurbeln.